

Werner Rätz, Tanja von Egan-Krieger u.a. (Hrsg): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Ein Projekt von attac. VSA Verlag Hamburg 2011, 192 Seiten

Rezensiert von Peter Fleissner

Das Büchlein mit dem Titel „Ausgewachsen“ ist zwar schmal, aber sein Inhalt gewichtig, widmet es sich doch einem Thema, das uns alle betrifft: Die Botschaft lautet: Mit dem Wirtschaftswachstum wie wir es in Europa seit einem halben Jahrhundert kennen, geht es zu Ende. Der Traum vom ewig wachsenden Reichtum für alle wäre danach wohl ausgeträumt. Der Grund dafür: Die vorhandene fossile Energiebasis, auf der alle Wirtschaften der Welt aufbauen, schrumpft. Mit peak oil wäre (wahrscheinlich schon 2008) die maximale mögliche jährliche Förderung an Rohöl erreicht. Da Erdöl nicht für den individuellen Personenverkehr, und den Transportsektor (vor allem bei großen Distanzen), sondern auch für Düngemittel in der Landwirtschaft und die sonstige Chemieindustrie eine kaum mehr wegzudenkende energetische Voraussetzung darstellt, ist zu erwarten, dass Engpässe zunächst zu Preissteigerungen (teilweise durch Spekulation verstärkt) führen werden, bis es tatsächlich zum Mangel an Inputs für die Produktion und damit zur Stagnation oder Rückgang der Produktion kommt.

Der Tenor der Argumentation ist nicht neu: Dauerndes Wachstum der Wirtschaft ist in einer Welt, die beschränkte Ressourcen und eine endliche Belastungskapazität besitzt, unmöglich. Mit den gleichen Argumenten sprach der anglikanische Pfarrer Thomas Robert Malthus, der 1805 den weltweit ersten Lehrstuhl für Politische Ökonomie der Ostindischen Handelskompanie im britischen Haileybury erhalten hatte, einem Menschen das Lebensrecht ab, denn „wenn seine Familie nicht die Mittel hat, ihn zu ernähren oder wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht nötig hat, dieser Mensch hat nicht das mindeste Recht, irgend einen Teil von Nahrung zu verlangen, und er ist wirklich zu viel auf der Erde. Bei dem großen Gastmahle der Natur ist durchaus kein Gedecke für ihn gelegt. Die Natur gebietet ihm abzutreten, und sie säumt nicht, selbst diesen Befehl zur Ausführung zu bringen.“ Das Gleichgewicht würde durch Armut, Unterernährung und vorzeitigen Tod durch Krankheiten und Seuchen wieder hergestellt. Die Argumentation beruhte damals auf der Annahme, dass sich die Bevölkerung jährlich um den gleichen Prozentsatz (exponentiell) vermehren würde, während die Nahrungsmittelproduktion nur um einen Fixbetrag zunehmen könnte. Daraus folgt, dass pro Kopf immer weniger Nahrungsmittel zur Verfügung stehen und dass „der Tisch nicht mehr für alle gedeckt ist“. Marx und Engels wiesen darauf hin, dass dies kein technisches, sondern ein sozio-ökonomisches Problem wäre, und wurden von Malthus zum Begriff der „industriellen Reservearmee“ inspiriert.

Praktisch wurde das Problem in den vergangenen zwei Jahrhunderten durch Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft, durch verbesserte Düngung und Pflanzensorten mit höherem Ertrag gelöst, die allerdings, wie sich heute immer deutlicher zeigt, nicht nachhaltig sind.

In den 1970er Jahren verfasste ähnlich wie Malthus eine Gruppe um Jay Forrester vom Massachusetts Institute of Technology und seinen Schülern Donella und Dennis Meadows (der derzeit in Wien lebt) den Bestseller „Die Grenzen des Wachstums“, eine Utopie, die bis ins Jahr 2100 reichte. Sie beschrieb - illustriert durch Computersimulationen - eine krisengeschüttelte Entwicklung der Weltwirtschaft. Nach einem längerfristigen Anstieg im 20. Jahrhundert würde die Bevölkerung im 21. Jahrhundert aus verschiedenen, zeitlich gestaffelten Ursachen schrumpfen, sei es durch Ernährungsmangel, durch Umweltverschmutzung, durch eine zu hohe Bevölkerungsdichte und durch beschränkte Ressourcen. Eine Finanzkrise wurde nicht erwähnt. Dieses Buch erreichte eine Auflage in der Größenordnung der Bibel. Es thematisierte in einer populären Form erstmals die Ängste der Mittelschichten vor einer Einbuße an Lebensqualität, einer

Situation, der die ärmeren Schichten schon seit Beginn der industriellen Revolution ausgesetzt waren. Die Frage nach dem Gesellschaftssystem im Hintergrund und nach der Notwendigkeit seiner Veränderung wurde nicht gestellt. Das für eine nachhaltige Entwicklung notwendige Gleichgewicht sollte durch scheinbar neutrale Forderungen erzeugt werden (z.B. Erzielung einer konstanten Bevölkerungszahl durch quantitative Gleichsetzung von Geburten und Sterbefällen).

Tritt tatsächlich Nullwachstum oder sogar eine Schrumpfung der Wirtschaft gemessen am Brutto-Inlandsprodukt (BIP) ein (Der Wiener Ökonom Erich Streissler würde sagen: „Gott straft die Postwachstumsökonomien durch die Erfüllung ihrer Wünsche“) kann sich die herrschende Politik nicht mehr an den zentralen Problemen der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen vorbei schwindeln, an denen die kapitalistische Wirtschaft leidet. Bisher wurden durch die Politik (geringere) Teile des Zuwachses in die Taschen der lohnabhängig arbeitenden Menschen umgeleitet, während ein größerer Teil den Unternehmen zu Gute kam. Ist kein Zuwachs mehr vorhanden, stellt sich die Frage der Verteilung des Reichtums und der Zugänglichkeit von materiellen Ressourcen in neuer Schärfe. Die mächtigen Spieler im Wirtschaftsgeschehen werden ihre längerfristig aufgebaute Macht nutzen, um ihren unverhältnismäßig großen Anteil am Kuchen auch in Zeiten eines immer stärkeren Rohölmangels zu bekommen. Man kann sich auch mit geringer Phantasie ausmalen, welche Perspektiven sich in Zukunft auftun, wenn das Gesellschaftssystem so kapitalistisch bleibt wie es ist. Früher oder später (man siehe das Menetekel an der Wand in Nordafrika) werden sich die Benachteiligten zusammenschließen und dagegen aufbegehren. Der Kapitalismus wird in eine Phase der Unruhen eintreten, wenn die Erwartungen nicht mehr erfüllt werden können, die das System selbst vorgegaukelt hat.

Dabei ist die Situation für die Lohnabhängigen auch heute schon schlecht: In Österreich, aber auch in anderen EU-Ländern geht der Anteil der Lohnquote am Volkseinkommen seit rund zwanzig Jahren zurück, eine Folge verschobener Kräfteverhältnisse zugunsten des Finanzkapitals. Die Zahl der prekär Beschäftigten wächst, die langfristig Arbeitslosen werden immer mehr, auch voll arbeitende Erwachsene und Kinder rutschen zunehmend unter die Armutsgrenze. Andererseits haben „die zehn reichsten Österreicher ... im Vorjahr ihr Vermögen dank des Aufschwungs an den internationalen Börsen und der weltweiten Konjunktur von 58,8 Mrd. Euro auf 63,5 Mrd. Euro erhöht. [Auf Platz eins liegen mit 33,8 Mrd. Euro die Familien Porsche und Piëch, gefolgt von der Familie Flick mit 6,2 Mrd. Euro. Dann kommen Red-Bull-Chef Dietrich Mateschitz (fünf Mrd. Euro), Novomatic-Besitzer Johann F. Graf (vier Mrd. Euro) und Billa-Gründer Karl Wlaschek (3,5 Mrd. Euro). Die Kaufhaus-Erbin Heidi Horten schafft es auf drei Mrd. Euro, die Familie Swarovski auf 2,5 Mrd. Euro. Der Investor und RHI-Haupteigentümer Martin Schlaff besitzt 2,2 Mrd. Euro ... Aus dem Vermögensreport des Liechtensteiner Investmenthauses Valluga geht hervor, dass im Vorjahr die Zahl der österreichischen Millionäre – gerechnet nach Finanzvermögen ohne eigengenutzte Immobilien – um 7,2 Prozent auf 73.900 Personen kletterte. ... Den Berechnungen zufolge gehören den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung in Österreich knapp zwei Drittel des Finanzvermögens.“ (http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/669104/Oesterreich-zaehlt-73900-Millionaere?_vl_backlink=/home/wirtschaft/international/index.do).

In dieser Situation präsentiert das Büchlein Nachdenkliches zu unterschiedlichen Aspekten einer Postwachstumsökonomie. In 15 Beiträgen werden die Schlüsselfragen des Diskussionsfelds thematisiert: Allen voran Kritisches zum Wirtschaftswachstum und Skizzen zur Transformation einer wachsenden in eine stationäre Ökonomie unter den Nebenbedingungen ökologischer und sozialer Gerechtigkeit und unter Beibehaltung eines „guten Lebens“. Bezüglich der Brauchbarkeit des Kapitalismus für den Übergang könnten allerdings die Positionen unterschiedlicher nicht sein: Die einen (Eckhard Stratmann-Mertens, Alexis Passadakis, Matthias Schmelzer) arbeiten Vorschläge aus, wie innerhalb der kapitalistischen Ökonomie der Schrumpfungsprozess eingeleitet und vorangetrieben werden kann, die anderen (Andreas

Exner, Christian Lauk, Friederike Habermann, Werner Rätz und die Gruppe Attac AG „Genug für Alle“, halten den Kapitalismus für völlig unverträglich mit Nullwachstum oder einer Schrumpfung der Wirtschaft.

Gefragt wird, wie die Veränderungen gestaltet werden sollen und welche Mitwirkungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte den BürgerInnen zur Verfügung stehen. Weder wird einer Ökodiktatur, noch einer politischen Deregulierung noch einer passiven individuellen Rückzugsmentalität aus dem guten Leben das Wort geredet. Der Grad der politischen Beteiligung an der Gestaltung der Transformation ist je nach Beitrag allerdings unterschiedlich hoch.

Welche Maßnahmen werden als wesentlich für eine Reduktion der gesellschaftlichen Produktion angesehen? Eine Gruppe sieht die Einflussmöglichkeit bei den Inputs für die Produktion. Sie (Mohssen Masserat, Frigga Haug) setzen entweder bei der Arbeit an und orientieren auf eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei gleichzeitiger Aufwertung bisher unbezahlter und informeller Tätigkeiten. Andere wollen die Produktionstechnologien umgestaltet wissen, indem auf Destruktivtechnologien verzichtet werden sollte (Werner Rätz et al), oder die Investitionen gesellschaftlicher Kontrolle unterworfen (Alexis Passadakis, Matthias Schmelzer), oder Projekte solidarischer Ökonomie und die Produktion von Gemeingütern ausgebaut werden (Friederike Habermann). Exner/Lauk sehen dagegen die Patentlösung in einer Demonetarisierung der Wirtschaft.

Gegenüber früheren Zukunftsbildern, z.B. der „Die Grenzen des Wachstums“ aus den 1970er Jahren, kann eine Veränderung festgestellt werden. Wurden in den wachstumskritischen Utopien des letzten Jahrhunderts eher technokratische Maßnahmen vorgeschlagen, die wachstumsproduzierten Krisen zu verhindern, vermuten bereits mehrere Beiträge den Kapitalismus als die schuldige Struktur, die überwunden werden müsse. Auch der in Deutschland zunehmend bekannt gewordene Oldenburger Postwachstumsökonom Niko Paech verlangt Anpassungsleistungen, die mit kapitalistischen Strukturen kaum durchgesetzt werden können. Wie soll es denn bei freien Märkten gelingen „Wohlstandsschrott auszumustern“, „eine Verkürzung der Erwerbsarbeit auf durchschnittlich 20 Stunden“ zu erreichen, „regionale Märkte“ angesichts des globalen Turbokapitalismus nachhaltig aufzubauen, „Nutzungsdauerverlängerung und Nutzungsintensivierung“ durchzusetzen, wo der Kapitalismus nicht an der Herstellung von Gebrauchswerten, sondern am Profit orientiert ist? Sogar Niko Paech verlangt „institutionelle Innovationen“, die Postwachstumsökonomie zu unterstützen. „Veränderte Unternehmensformen könnten die Gewinndynamik dämpfen“, meint er vorsichtig, ohne die Systemfrage zu stellen.

Wie Exner/Lauk in einem brillanten Exkurs zur politischen Ökonomie des Kapitalismus der Gegenwart ausführen, lässt die Orientierung am privaten Profit Kooperationsformen, die großflächig und über alle Schichten der Gesellschaft hinweg erfordert sind, nicht zu. Sie werden durch die strukturelle Spaltung der Gesellschaft in Kapitalisten (und Top-Management) einerseits und Lohnabhängige andererseits verhindert. Letztlich würde eine stationäre Wirtschaft erst ein Verzicht auf Kapitalismus, Märkte und Geld möglich machen.

Für die Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), das in manchen Beiträgen gefordert wird, ist die kritische Position von Eckhard Statmann-Mertens interessant. Er meint, dass infolge seiner finanziellen Ausstattung das BGE „faktisch als ein sozialstaatliches Wachstumsprojekt, eine soziale Variante des New Deal“ angesehen werden müsste und wachstumshemmenden Interventionen entgegenwirken würde. Er verweist darauf, dass die bisherigen Konzepte eines BGE wachstumsneutral umformuliert werden müssten.

Friederike Habermann ist mit der Wortschöpfung „Ecommony“ in dem Sammelband vertreten. Sie setzt auf „strukturelle Gemeinschaften“ (Stefan Meretz), denen Gemeingüter (Commons) zur Verfügung stehen. Auch in Österreich und Deutschland konnte noch vor nicht allzu langer Zeit die Allmende (die

Gemeindewiese) für alle Bewohner eines Dorfes gemeinschaftlich genutzt werden. Gelebte Erfahrungen könnten von jedem/jeder hier und heute sofort gemacht werden, wenn frau/man dort beginnt, wo sie/er steht. Sie wären wichtiger als theoretische Analysen. Ecomomy versteht sich als Ausdehnung des Ansatzes der freien Software Bewegung auf andere Formen materieller Produktion, wie etwa Peerproduktion und Peerökonomie, die nicht am Status durch Besitz oder Stellung in der offiziellen Hierarchie orientiert sind, sondern nach Anerkennung aufgrund eigenen Handelns streben. „Beitragen statt Tauschen“ lautet die Devise, wie sie etwa bei Wikipedia zur Anwendung kommen. Freiwilligkeit und im negativen Fall Aufteilung eines Projekts sind weitere Eckpunkte der Ecomomy, die durch Slogans wie „Besitz statt Eigentum“, „Teile, was du kannst“ ergänzt werden.

Der Beitrag von Federico Demaria et. al. zeigt, dass in Südeuropa der Begriff des Degrowth (vielleicht mit „Weg vom Wachstum“ zu übersetzen, französisch: Décroissance, katalanisch: decreixment, spanisch: decrecimiento, portugiesisch: decrescimento, italienisch: decrescita) bereits eine Bewegung schuf, die auch in Mainstream-Medien diskutiert wird. In den Gewerkschaften, Parteien, bei Intellektuellen und bei AktivistInnen der Agrarökologie, für Umweltgerechtigkeit, von Tauschringen, von städtischen Gärten, von Transition-Towns und der Bewegung Via Campesina finden sich ihre Anhänger und BündnispartnerInnen. Ein Beispiel soll die Tätigkeit der Bewegung illustrieren: Am 17. September 2008 verbreitete der Aktivist Enric Duran öffentlich, dass er Dutzende spanischer Banken „ausgeraubt“ und beinahe eine halbe Million Euro erbeutet habe, mit dem Ziel, das räuberische kapitalistische System anzuprangern. Das Geld hatte er ganz legal über 68 gewerbliche oder private Kredite von 39 Banken ohne jegliche Garantie oder Eigentum als Kreditsicherheit erhalten (Genau diese Vorgangsweise der Banken hatte den Grundstein für die U.S. amerikanische Immobilienkrise gelegt). Mit dem Geld finanzierte er verschiedene antikapitalistische Bewegungen, z.B. die Zeitschrift Crisis, die von AktivistInnen in 200.000 Kopien in Katalonien verteilt wurde. Sechs Monate später ermöglichte dieses Geld das Erscheinen des Magazins Podemos! Vivir sin capitalismo (Wir können! Leben ohne Kapitalismus) mit einer Auflage von 350.000 Exemplaren in ganz Spanien. Aus dem Gefängnis erklärte er seine Tat als Aktion des „finanziellen zivilen Ungehorsams“. Die Degrowth-Bewegung versteht sich als Gegenpol einer autoritären Planung von oben nach unten, genauso wie gegen eine Zersplitterung der Gesellschaft in isolierte Lokalgemeinden, die nicht in der Lage sind, den Verbrauch der weniger gewordenen Ressourcen zu kontrollieren und zu teilen.

In Südamerika wird das Konzept des „Buen vivir“ (gut leben) entwickelt, eine gewünschte Form des Zusammenlebens, das aus den Volkskämpfen der indigenen Völker aus den Andenländern hervorgegangen ist (Alberto Acosta). Es betont, dass die Zielgröße einer Wirtschaft nicht Wachstum sein sollte, sondern eine Form der Entwicklung, die auf dem Zusammenleben der Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur und auf der Anerkennung der unterschiedlichen kulturellen Werte beruht. Buen vivir basiert auf der Kooperation und Solidarität „aller gesellschaftlichen Kräfte, die von kapitalistischer Ausbeutung betroffen sind“. Es zielt auf die Demokratisierung der Gesellschaft, die es ermöglichen soll, das Schicksal der Menschen in die eigenen Hände zu nehmen.

Passadakis/Schmelzer identifizieren - wie viele andere Beiträge auch - die Profitproduktion als die zentrale Triebkraft des ökonomischen Wachstums und suchen nach alternativen Institutionen, „die unmittelbar auf den entscheidenden Wachstumsmechanismus zielen und die notwendige Verschiebung der aktuellen Machtverhältnisse in Rechnung stellen.“ Investitionen sind nach ihnen das entscheidende Instrument, das die Wachstumsdynamik steuert. Neue demokratische Institutionen müssten hier lenkend eingreifen. Vorschläge für die Stoßrichtung der Investitionen werden von Passadakis/Schmelzer konkret genannt: Effizienzsteigerungen und Reduktion des ökologischen Fußabdrucks, Ausbau der dezentral erneuerbaren Energien, nachhaltiges Wohnen, kollektive Mobilität, Ernährungssouveränität, Stärkung der Sorgeökonomie, Investitionen in Bildung, Gesundheit, Soziales und kulturelle Arbeit, Investitionen zur Verlangsamung des Klimawandels und gegen ökologische Zerstörungen. Zur Finanzierung der

Investitionen wären demokratisch kontrollierte öffentliche Banken erforderlich. Die Mittel sollten über „regionale Investitionsräte“ vergeben werden. Die öffentlichen Haushalte sollten zum Teil nach dem Verfahren der Bürgerhaushalte, wie sie z.B. in Porto Alegre, Sevilla und Cordoba in Kraft ist, verteilt werden.

Auffallend ist, dass in den Lösungsvorschlägen auf dem Weg zu einer stationären Wirtschaft nie auf zukünftige technische Veränderungen gesetzt wird. Es wäre mindestens denkmöglich und in Analogie zu Entwicklungen in der Vergangenheit nicht grundsätzlich auszuschließen, dass technische Innovationen auf energetischem Gebiet früher oder später in die Bresche des Erdöls springen könnten. Kein Beitrag erwähnt, dass auch in einer Phase stationären Wachstums technische und organisatorische Innovationen und kontinuierlich weitergehende Effizienzsteigerungen erreicht werden könnten. Die dafür nötigen Investitionen könnten auch bei kapitalistischer Organisation der Wirtschaft bei Null-Nettoprofiten immer noch aus den Abschreibungen (als Teil des Betriebsüberschusses) finanziert werden, ohne dass (physisches) Kapitalwachstum damit verbunden sein muss. Auch der Weg einer längerfristigen Beschränkung der Bevölkerung, wie er in China mit der Ein-Kind-Politik beschritten wurde, bleibt undiskutiert.

Das Fazit des Buches lautet, „dass es tatsächlich keine Alternative zum Ausstieg aus dem Wirtschaftswachstum gibt. Das Ende des unbegrenzten Wachstums auf einem endlichen Planeten kommt, es geht lediglich darum, ob es katastrophisch hereinbricht oder bewusst gestaltet wird.“ Unseren Entscheidungsträgern ins Stammbuch zu schreiben!